

## Analyse

### Zwei Jahre PiS-Regierung – Versuch einer Bilanz

Gerhard Gnauck, Warschau

#### Zusammenfassung

Die Zwillinge Jarosław und Lech Kaczyński, die als Parteichef und als Präsidentschaftskandidat im Herbst 2005 zwei Wahlsiege errangen, haben (wie Wahlkämpfer es fast immer tun) versprochen, ihr Land zu verändern. Man darf ihnen bescheinigen: Das ist ihnen zum Teil gelungen. Begleiterscheinung und Preis waren Polarisierung, Konflikte und auch Skandale. Das macht ihnen wenig aus, da die scharfe Konfrontation mit in- und ausländischen Feinden des polnischen „nationalen Interesses“, wie sie es verstehen, nicht nur zu ihrem Wahlkampf, sondern auch zu ihrem Weltbild gehört. Dass die Kaczyński-Partei *PiS* dennoch mit guten Chancen in die vorgezogenen Neuwahlen am 21. Oktober zieht, ist nicht zuletzt der NATO- und EU-Mitgliedschaft zu verdanken, die der Entwicklung des Landes nach Meinung von Historikern die günstigsten Rahmenbedingungen seit 300 Jahren beschert hat.

#### Die Ausgangslage

Ist die Herrschaft der national-konservativen Brüder Kaczyński Symptom eines tiefgreifenden politischen „Klimawechsels“, wie ihn der dem heutigen Regierungslager nahestehende Soziologe Zdzisław Krasnodębski schon 2004 zu beobachten meinte? Zumindest die Ergebnisse des Wahljahres 2005 sprechen eine andere Sprache. Bei 41 % Wahlbeteiligung – Tiefststand seit 1989 – erhielt die Partei mit dem biblischen Namen *Recht und Gerechtigkeit* (*Prawo i Sprawiedliwość* – *PiS*) gerade einmal 27 % der Stimmen, drei Punkte dahinter lag die liberale bis liberal-konservative *Bürgerplattform* (*Platforma Obywatelska* – *PO*). Beide Parteien waren mit der mehr oder weniger klaren Aussage angetreten, miteinander koalieren zu wollen, zerstritten sich jedoch nach der Wahl – ein in Europa höchst seltener Vorgang. Wenig später siegte Lech Kaczyński, der Zweitplatzierte des ersten Wahlgangs, in der Stichwahl um das Präsidentenamt mit 54 % (Beteiligung: 51 %, ebenfalls Tiefststand).

*PiS* und *PO* ziehen auch jetzt wieder mit annähernd gleichen Chancen in die Parlamentswahl. Doch der Wahlkampf wird kein *Déjà-vu* werden: Allzu viel hat sich in diesen zwei Jahren verändert. Zugespielt formuliert: Jarosław Kaczyński hat seine Regierung nicht nur außenpolitisch in vielen europäischen Hauptstädten als Partner „unmöglich gemacht“ und selbst in den USA prominente Kritiker auf den Plan gerufen; ihm ist auch zuzuschreiben, dass die *PiS* in Polen offenbar die Koalitionsfähigkeit verloren hat.

#### Gute wirtschaftliche Rahmenbedingungen erleichtern das Regieren

Warum ist die *PiS* dennoch über diese zwei Jahre hinweg in den Umfragen für ein Viertel bis ein Drittel

der Polen attraktiv geblieben? Es wird nicht nur an den erwähnten Rahmenbedingungen liegen; diese haben allerdings dazu beigetragen, dass die Arbeitslosigkeit, unter anderem durch die starke Migration, laut Statistischem Hauptamt von 19 % (2004) auf 12,2 % (Juli 2007) zurückgegangen ist. Das reale Wirtschaftswachstum stieg von 3,6 % (2005) auf 6,1 % (2006) und könnte in diesem Jahr bei 6,5 % liegen (Prognose der EU-Kommission vom September 2007). Polens Außenhandel insgesamt hat sich ebenso wie der Handel mit Deutschland gegenüber dem Jahr des EU-Beitritts mehr als verdoppelt. Von den Auslandsinvestitionen bis zu den Pkw-Neuzulassungen – überall werden Rekorde gebrochen, und die vielen Fahrschüler auf Polens Straßen sagen ebenso viel über die Verfassung des Landes aus wie die Baustellen und Umleitungen.

Zweifellos hat die EU-Mitgliedschaft den Brüdern Kaczyński in wirtschaftlicher Hinsicht ein leichtes Leben und viel politischen Spielraum beschert. Kritische Beobachter der Wirtschaftspolitik haben angemerkt, die Regierung habe auf diesem Feld so wenig getan, dass sie nicht viel habe kaputtmachen können. Die großen Wahlversprechen von 2005 (Steuersenkungen und „drei Millionen Wohnungen“) wurden schnell *ad acta* gelegt. Zugleich wurde die Chance zur (angekündigten) Reform der öffentlichen Finanzen vertan, das öffentliche Gesundheitswesen ist weiter am Rande des Kollaps, und vor den Wahlen im Oktober werden noch schnell Geschenke verteilt: Nach der Einführung einer Geburtenprämie im Vorjahr wurde jetzt der Kinderfreibetrag, bis dahin mickrige 120 Złoty, fast verzehnfacht (1145 Złoty). Der Mindestlohn wurde um 18 % angehoben, was die Nöte vieler Unternehmer, die schon jetzt unter

Arbeitskräftemangel leiden, noch verschärfen dürfte. Eine große Zahl von Polen hält sich der Arbeit wegen im EU-Ausland auf – genaue Zahlen sind aufgrund des regen Hin und Her schwer zu ermitteln, ein bis zwei Millionen erscheinen realistisch. 2007 hat die Regierung dafür die Einstellung von Arbeitskräften aus Polens östlichen Nachbarländern erleichtert.

### **Verstörende politische Bedingungen erschweren das Regieren**

War die Wirtschaftslage komfortabel, so boten die Verhältnisse im Parlament den ambitionierten Regierenden einen viel engeren Rahmen. Zunächst machte *PiS*-Chef Jarosław Kaczyński im Oktober 2005 überraschend seinen Parteifreund Kazimierz Marcinkiewicz zum Ministerpräsidenten. Diesem gelang es, durch konstruktives Auftreten, Mannschaftsgeist und gute Öffentlichkeitsarbeit schnell zum beliebtesten Politiker des Landes zu werden. Daraufhin schob Kaczyński ihn im Juli 2006 beiseite und nahm selbst seinen Posten ein. Bis dahin hatte die *PiS* mehrere Modelle des Regierens ausprobiert: als Minderheitskabinett, dann getragen von einem „Stabilisierungspakt“ mit der populistischen *Selbstverteidigung* (*Samoobrona*) unter Andrzej Lepper und der nationalistischen *Liga Polnischer Familien* (*Liga Polskich Rodzin* – *LPR*) unter Roman Giertych (Februar 2006), schließlich mit einer formellen Koalition mit beiden Parteien (Mai 2006). Letztere führte postwendend zum Rücktritt des auch im Ausland angesehenen Außenministers Stefan Meller, dessen Platz Anna Fotyga einnahm.

Die Koalition hielt bis zum Juli 2007, als der unbequem gewordene stellvertretende Ministerpräsident Lepper in einer fingierten Schmiergeldaffäre als korrupt entlarvt werden sollte. Die Geheimaktion scheiterte; offenbar hatte jemand Lepper gewarnt. Dennoch entließ Präsident Kaczyński den politischen Rabauken, was auch den Rückzug des Nationalisten Giertych aus der Regierung nach sich zog. Wie gewonnen, so zerronnen: Die *PiS* stand wieder allein da und musste – besser jetzt als später – die Flucht nach vorn antreten. Ebenso wie die große Konkurrentin *PO* stimmte die Kaczyński-Partei am 7. September im Sejm für die Auflösung des Parlaments und für vorgezogene Wahlen.

### **Abrechnung mit der III. Republik**

Noch einmal die Frage: Warum ist die Partei der Brüder Kaczyński, die ihr Land im Ausland großenteils zur Zielscheibe von Verwunderung, Hohn und Spott gemacht hat, in Polen nach wie vor attraktiv? Ein Punkt, den auch Kritiker den Kaczyńskis und ihrer

Umgebung zugutehalten, ist das offensichtliche Fehlen der Absicht, sich zu bereichern oder Vetternwirtschaft zu betreiben, und ihre oft bis zur Schmerzgrenze undiplomatische, unkorrekte Sprache („sie sagen, was sie denken, und sie tun, was sie sagen“). Zeitweise konnte man auch ihren Erklärungen glauben, sie würden Freund und Feind mit dem gleichen Maß messen, wie die Entlassung u.a. der Finanzministerin Zyta Gilowska (Juni 2006) bis zur Klärung des Verdachts der Zusammenarbeit mit dem kommunistischen Geheimdienst und die Wiederaufnahme in die Regierung (September 2006) gezeigt hat.

Die Kaczyńskis haben viele Erwartungen angesprochen, indem sie den Dreiklang Gerechtigkeit-Sicherheit-Nationalstolz angeschlagen haben. Nachdem die Brüder – damals vor allem Lech – sich das Image von Law-and-Order-Politikern erarbeitet und sich mit der Gründung des Museums des Warschauer Aufstands auch als tatkräftige Patrioten empfohlen hatten, zeichneten sie schließlich im Wahlkampf 2005 eine große, moralisch und ideologisch aufgeladene Vision. Die Zeit seit 1989, also die Zeit der III. Republik, sei von am „Runden Tisch“ geschlossenen faulen Kompromissen zwischen Postkommunisten und dem kooperationsbereiten Teil der *Solidarność*-Eliten geprägt gewesen. Diesen faulen Kompromissen seien sie, die Kaczyńskis, und alle „wahren Erben und Vollender“ der *Solidarność*-Revolution, zum Opfer gefallen. Jetzt gelte es, dieses verfilzte „System“ (*układ*), zu dem die korrupten Teile von Politik, Wirtschaft, Geheimdiensten und Medien gehören, zu zerschlagen, das Land zu „entkommunistieren“. Wem diese Vision zu abstrakt war, der konnte leicht mit dem Gegensatzpaar „solidarisches Polen“ / „liberales Polen“ geködert werden: Sonst bekennende Rechte, präsentierten sich die Kaczyńskis in der Wirtschafts- und Sozialpolitik (vor allem verbal) gut linkspopulistisch als Anwälte der kleinen Leute.

Zur Abrechnung mit der III. Republik gehörte auch die Abrechnung mit deren Außenpolitik, die als weich, kompromisslerisch und als von fremden Interessen gelenkt dargestellt wurde. Außenpolitik macht im Denken der Kaczyńskis – so ihr ehemaliger Vertrauter Andrzej Krawczyk – zwar nur ein Prozent aus, doch das „harte Verfechten unserer Interessen“ in der EU sowie das Bedienen latent vorhandener Ängste und Komplexe vor allem gegenüber Deutschland spricht viele Polen an. Dies um so mehr, als auch die Opposition in diesen Fragen keine markante Gegenposition aufzubauen vermochte: „Weniger Patriotismus“ zu fordern macht sich ebenso schlecht wie „mehr Korruption“ tolerieren zu wollen. In diesen wie in vielen anderen Fragen bestimmte die *PiS* den Diskurs.

## Auf dem Weg zur IV. Republik mit fragwürdigen Methoden und Partnern

Was haben die Kaczyńskis in der von ihnen ausgerufenen „IV. Republik“ nun real verändert? Schon im ersten Jahr gründeten sie ein „Zentrales Antikorruptionsbüro“ (Centralne Biuro Antykorupcyjne – CBA), dessen Funktionäre jüngst auch gegen Lepper zum Einsatz hätten kommen sollen. Die nach der Wende entstandenen militärischen Geheimdienste WSI (Wojtkowe Służby Informacyjne), in denen alter und neuer Filz, Korruption und politische Manipulation zu Hause waren, wurden aufgelöst. Für Bagatelldelikte wurden „24-Stunden-Gerichte“ eingeführt, die jedoch keineswegs 24 Stunden ansprechbar sind und von Juristen als Verschwendung von Geld und Arbeitszeit kritisiert werden. Höchst problematisch ist das Hineinregieren in Angelegenheiten der Justiz. In der Wendezeit hatte man zwecks besserer parlamentarischer Kontrolle der Staatsanwaltschaft eine Personalunion von Justizminister und Generalstaatsanwalt festgeschrieben. Das rächt sich jetzt, da der junge Jurist Zbigniew Ziobro, offenbar der Kronprinz der Kaczyńskis, Justizminister ist. Ein neues Gesetz gibt ihm die Möglichkeit, auf die Besetzung der Gerichte direkt Einfluss zu nehmen, und Präsident Kaczyński hat jüngst die Ernennung einiger neuer Richter – bisher eine Formsache – verweigert. Der frühere Verfassungsrichter Andrzej Zoll hat daher zu Recht kritisiert, den Präsidenten und den Minister verbinde eine „negative Haltung zur Judikative“, und auf die Nähe beider zum Denken Carl Schmitts hingewiesen, „des Schöpfers der Rechtsdoktrin des Dritten Reiches“. Als das Verfassungsgericht den Versuch der Kaczyńskis, die „Lustration“ (Überprüfung der informellen Zusammenarbeit mit den kommunistischen Sicherheitsdiensten) erheblich auszuweiten, zum Scheitern brachte und das entsprechende neue Gesetz teilweise zurückwies, ließen die Regierenden in Windeseile die Geheimdienstakten im Archiv des Instituts des Nationalen Gedenkens (Instytut Pamięci Narodowej – IPN) durchforsten und versuchten, einige der Richter in dieser Sache als „befangen“ und unglaublich bloßzustellen. So wird die Macht der Behörden und der Archive immer wieder gegen unliebsame Kräfte in Stellung gebracht. Die Geringschätzung des Rechts, seine Unterordnung unter die Zweckmäßigkeit der „Revolution“ und das Säen von Misstrauen in der Gesellschaft haben die politische Kultur des Landes zum schlechteren verändert. Ob die Kaczyńskis den Staat mit ihren Maßnahmen zur Zentralisierung von Macht „gestärkt“ haben, wie sie behaupten, ist mehr denn je eine offene Frage.

Seine Politik der „moralischen Revolution“, der Festigung christlich-nationaler Werte, der Ent-

kommunisierung und Korruptionsbekämpfung hat Jarosław Kaczyński über große Strecken mit fragwürdigen Koalitionspartnern verfolgt, der dubiosen *Selbstverteidigung* und der ideologisch stramm katholisch-nationalistischen *Liga Polnischer Familien*. Dieses Bündnis sollte zugleich die schleichende Übernahme von deren Wählerschaft ermöglichen, eine Rechnung, die teilweise aufgehen dürfte, doch in großen Teilen der Gesellschaft hat diese Koalition die *PiS* viel Glaubwürdigkeit gekostet. Als Erbstücke der *LPR* und ihres Bildungsministers bleiben die Einführung von Schuluniformen in diesem Herbst, die Anrechnung der Religionsnoten im Zeugnis und der Streit um die Schullektürelisten, den Kaczyński immerhin zugunsten des manchen allzu „modern“ erscheinenden Autors Gombrowicz entschieden hat. Auch viele schrille Äußerungen gegen Homosexuelle gehen auf das Konto der *LPR*, wobei diese Haltung auch in der *PiS* prominente Anhänger hat.

Zugleich stützte sich die Koalition und vor allem die *PiS* auf Medien wie das einflussreiche „Radio Maryja“, dessen Macher vielfach durch nationalistische und antisemitische Äußerungen aufgefallen waren. Vor dem Polen-Besuch Papst Benedikts XVI. intervenierte der Vatikan, woraufhin der Episkopat und der Orden der Redemptoristen (als Betreiber des Senders) im Mai 2006 einen gemischten Programmbeirat zur Kontrolle des Radios beriefen. Im August 2007 brach der Streit mit bisher unbekannter Heftigkeit aus, als der Krakauer Erzbischof Stanisław Dziwisz offen die Ablösung der Leitung des Senders um den charismatischen Pater Tadeusz Rydzyk forderte. Diesmal gehe es, so der Kardinal, um die Gesamtheit der Aufgaben der Kirche, um „die Seelsorge, die schrittweise den Händen der Bischöfe entgleitet und in andere Hände übergeht“. Damit drohen alte Befürchtungen wahr zu werden, wonach die Kirche in Polen nach dem Tod Johannes Pauls II. ihre Einheit verlieren und Teile der Kirche für politische Instrumentalisierung anfällig werden könnten.

Der Außenpolitik der Regierung könnte man allenfalls zugutehalten, dass sie durch ihr hartes Auftreten manchen ihrer Anliegen Gehör verschafft hat. Doch Freunde hat sich Warschau in dieser Zeit nicht erworben und konkrete Fortschritte nirgendwo erzielt. Der EU-Verfassungsprozess brachte mit dem Brüsseler Gipfel im Juni 2007 einen Höhepunkt der Isolation Warschaus; die Außenministerin konnte selbst dem Regierungslager nicht plausibel erklären, warum man das Quadratwurzelmodell für die Abstimmungen aufgegeben und worauf sich der Gipfel denn geeinigt hat. So bekam sie Kritik von rechts wie von links zu hören. Der Konflikt scheint noch nicht ausgestan-

den. Das gilt ebenso für den Streit um den geplanten Straßenbau im Naturschutzgebiet Rospuda-Tal: Hier hatte Ministerpräsident Kaczyński im Konflikt mit EU-Kommission und Umweltschützern ein regionales Referendum angeregt, das jedoch mit 22 % Beteiligung ungültig war. In diesem ersten großen Umweltkonflikt in Polen seit 1989 wird bald der Europäische Gerichtshof urteilen. Am Rande sei erwähnt, dass Warschau sich mit der Einführung des Euro Zeit lässt; sie ist frühestens 2011 zu erwarten.

### **Bilanz der Außenpolitik**

Gegenüber Deutschland besteht die Politik großenteils darin, präventiv Forderungen zu erheben, da man zwischen Warschau und Berlin in vielerlei Hinsicht eine langfristige Interessendivergenz zu erkennen meint und fürchtet, auf verschiedene Weise unter die Räder zu kommen. Angesichts der geplanten deutsch-russischen Ostsee-Gasleitung zeigt Polen jeglichen Angeboten aus Deutschland (Stichleitung nach Polen, Anschluss Polens ans deutsche Gasnetz) die kalte Schulter und setzt zugleich darauf, seine Energiequellen aus eigener Kraft zu diversifizieren. So soll eine – schon vor Jahren geplante – Pipelineverbindung durch die Ostsee zu den norwegischen Gasfeldern gebaut werden sowie ein Flüssiggasterminal, für das die Ausschreibung bereits läuft. Immerhin ist, auch aufgrund von Polens Besorgnis, die Energiesicherheit als Thema in der EU ganz nach vorne gerückt.

Eine zentrale Forderung Warschaus ist seit langem, Berlin möge – nach der Erklärung des damaligen Bundeskanzlers Gerhard Schröder von 2004 – noch einmal private Eigentumsforderungen deutscher Vertriebener und Aussiedler gegenüber Polen für aussichtslos erklären. Die einschlägige Klage der „Preußischen Treuhand“ gegen Polen ist derweil immer noch vor dem Europäischen Menschenrechtsgerichtshof anhängig. Auch das Gedenken an die Vertreibung der Deutschen („Zentrum gegen Vertreibungen“, „Sichtbares Zeichen“) wird in Polen unverändert kritisch beobachtet; neu gegenüber früheren Zeiten ist bei den Kaczyńskis, dass sie auch dem einst gemeinsam geplanten Ausweg aus dem Dilemma, dem in Entstehung befindlichen „Europäischen Netzwerk Erinnerung und Solidarität“, kritisch gegenüberstehen. Kurz und gut: Auf fast allen Politikfeldern können Deutschland und Polen zueinander nicht kommen, statt der einst beschworenen „Interessengemeinschaft“ sieht das von den Kaczyńskis geprägte Lager eine langfristige Konfliktgemeinschaft. Da wundert es nicht, dass die Zusammenarbeit selbst dort brachliegt, wo es gemeinsame Interessen gibt, etwa bei der Erarbeitung einer „neuen Ostpolitik“ der EU.

Große, in manchen Punkten unerfüllbare Erwartungen richten die Kaczyńskis an die USA. Gemeinsam mit Tschechien will Polen zum europäischen Pfeiler eines globalen Raketenabwehrsystems werden. Die Verhandlungen über die Details wurden 2006/07 erheblich beschleunigt, wobei für Warschau nicht der Schutz etwa vor iranischen Raketen, sondern generell eine engere Anbindung an Amerika das zentrale Argument ist. Ein Rückzug der polnischen Truppen aus dem Irak und Afghanistan ist mittelfristig nicht geplant. Die Bevölkerung sieht diese drei Elemente der Verteidigungspolitik mehrheitlich kritisch.

Wenig Bewegung gibt es in den polnisch-russischen Beziehungen, die schon vor der Zeit der Regierung Kaczyński schwierig waren. Zwar hat Russlands Embargo gegen Fleischimporte aus Polen Warschaus Veto gegen ein neues EU-Russland-Partnerschaftsabkommen nach sich gezogen und die Solidarität der EU auf den Plan gerufen. Doch Russland ist gegenüber den Protesten taub geblieben.

### **Der persönliche Faktor**

Auch wenn man geneigt ist, das Gemeinwesen als Kollektiv und als Struktur zu untersuchen, so ist doch eine Bewertung der Individuen Lech und Jarosław Kaczyński angebracht, vor allem des letzteren, der unter den Zwillingen der Vordenker ist, der härtere von beiden und nach eigener Auskunft der Mann „mit dem schlechten Charakter“. Er hatte sein Leben dem Kampf gegen den Kommunismus verschrieben und kämpft weiter – gegen alles, was er für „postkommunistisch“ hält. Sein oft autoritäres Gebaren, sein Misstrauen und seine Gabe, sich selbst mit engen Vertrauten zu zerstreiten, gehen dabei Hand in Hand. Dass Jarosław Kaczyński, der studierte Jurist, als Politiker eine Geringschätzung des Rechts an den Tag legt, dass er mit verdeckten Ermittlern und möglicherweise auch mit Abhöranlagen selbst gegen Kabinettskollegen vorgeht, dass sein Justizminister zu Beginn des Wahlkampfs belastendes Material gegen Oppositionspolitiker ankündigt, enthält eine bittere Ironie: Im lebenslangen Kampf gegen einen übermächtigen Feind ist Jarosław Kaczyński diesem Feind strukturell immer ähnlicher geworden, hat er sich Methoden angeeignet, die in der kommunistischen Volksrepublik gepflegt wurden. Dass er oft antideutsche Töne anschlägt, die einzigen, mit denen die herrschende Partei vor 1989 beim Volk noch Gehör fand, passt in dieses Bild.

Gewiss ist Polen nicht auf dem Weg in den postsozialistischen „Erpressungsstaat“ („blackmail state“ nach Keith Darden), in dem die Machthaber Korruption tolerieren, sie zugleich genau überwachen und dann die Mittel der Justiz gegen missliebige Kräfte selektiv zum

Einsatz bringen. Dass jedoch Kaczyński in diesem Jahr in den Medien erstmals mit Russlands Präsident Putin verglichen wird (vgl. Newsweek Polska, Gazeta

Wyborcza), während er selbst erstmals davon spricht, in Polen müssten „die Oligarchen“ bekämpft werden, stimmt nachdenklich.

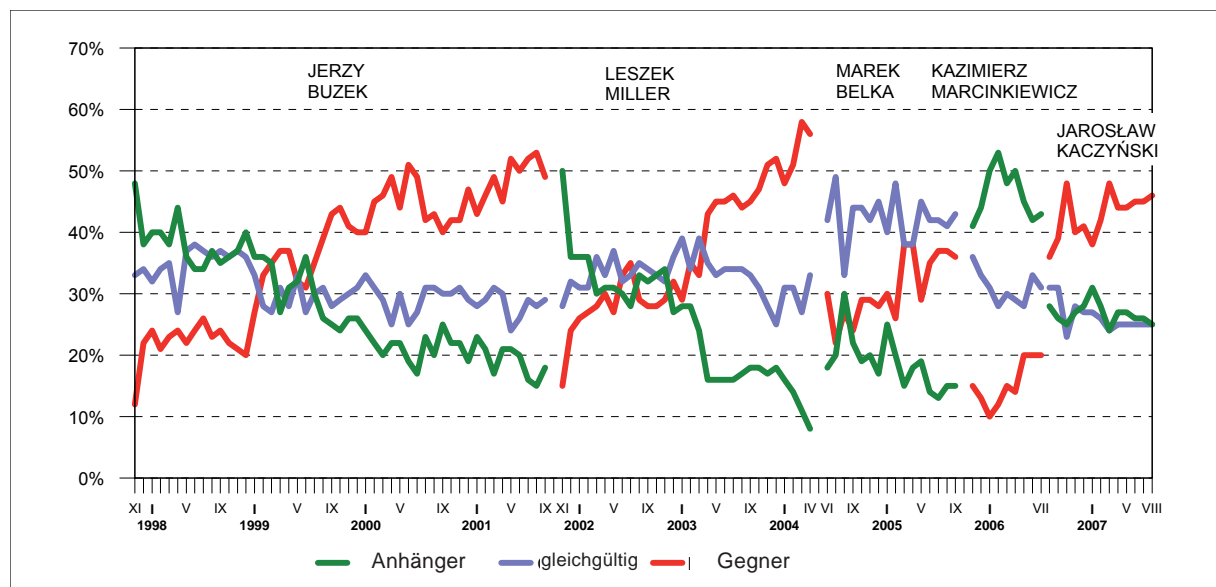
#### Über den Autor:

Dr. Gerhard Gnauck, Jahrgang 1964, studierte Osteuropäische Geschichte, Slawistik und Politologie in Mainz und Berlin. Seit 1999 ist er Korrespondent der WELT in Warschau und schreibt vor allem über Politik und Kultur in Polen und der Ukraine.

## Tabellen und Grafiken

### Die Stimmung vor den Wahlen

Einstellung zur Regierung unter Ministerpräsident:



Quelle: CBOS: BS/126/2007: Stosunek do rządu [Die Einstellung zur Regierung]. Warszawa, 08 / 2007, [www.cbos.pl](http://www.cbos.pl)

#### Die Einstellung zur Regierung unter Ministerpräsident Jarosław Kaczyński (in %)

|                 | Aug. 2006 | Sept. 2006 | Okt. 2006 | Nov. 2006 | Dez. 2006 | Jan. 2007 | Feb. 2007 | März 2007 | April 2007 | Mai 2007 | Juni 2007 | Juli 2007 | Aug. 2007 |
|-----------------|-----------|------------|-----------|-----------|-----------|-----------|-----------|-----------|------------|----------|-----------|-----------|-----------|
| Anhänger        | 28        | 26         | 25        | 27        | 28        | 31        | 28        | 24        | 27         | 27       | 26        | 26        | 25        |
| Gegner          | 36        | 39         | 48        | 40        | 41        | 38        | 42        | 48        | 44         | 44       | 45        | 45        | 46        |
| Gleichgültig    | 31        | 31         | 23        | 28        | 27        | 27        | 26        | 24        | 25         | 25       | 25        | 25        | 25        |
| Schwer zu sagen | 5         | 4          | 4         | 5         | 4         | 4         | 3         | 4         | 4          | 4        | 4         | 4         | 4         |

Quelle: CBOS: BS/126/2007: Stosunek do rządu [Die Einstellung zur Regierung]. Warszawa, 08 / 2007, [www.cbos.pl](http://www.cbos.pl)